

## Finanztransaktionssteuer ohne Etikettenschwindel!

Lange Zeit wurde die Finanztransaktionssteuer (FTS) von vielen in der Politik als eine Idee naiver Weltverbesserer verlacht. Inzwischen spricht sich kaum noch jemand offen gegen die Einführung aus. Diese Erfolgsgeschichte ist vor allem darin begründet, dass es endlich Allgemeingut ist, dass der spekulative Hochfrequenz-Handel mit Aktien, Devisen und Derivaten die Realwirtschaft und die Finanzmärkte destabilisiert und nur einigen Wenigen nützt. Daher wird nun eher um das „Wie“ und weniger um das „Ob“ einer FTS gestritten; z. B. auf EU-Ebene unter dänischer Ratspräsidentschaft, im Europäischen Parlament oder hierzulande bei den Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition. Doch Vorsicht ist geboten! Ein gutes Instrument gegen Spekulation und zur Erzielung dringend benötigter Einnahmen droht zur Mogelpackung zu werden.

Zur Erinnerung: Eine wirkungsvolle FTS, wie sie der DGB und viele gesellschaftliche Gruppen fordern, muss auf den Handel mit Devisen, Aktien und Anleihen sowie auf die davon abgeleiteten Wertpapiere („Derivatgeschäfte“) erhoben werden – mit einem Steuersatz von mindestens 0,1 Prozent. Für Deutschland hätten sich so 2006 schätzungsweise 43 Mrd., für ganz Europa rund 320 Mrd. Euro erzielen lassen. Dringend benötigtes Geld für Wachstumsprogramme in den Krisenländern der EU – und endlich von denjenigen, die die Krise verursacht haben: Zocker und Spekulanten.

Der Vorschlag der EU-Kommission enthält durchaus kluge Mechanismen, um die FTS umgehungssicher auszugestalten und brächte EU-weit ca. 57 Mrd. Euro. Aber er sah von Beginn an nicht vor, Devisentransaktionen zu besteuern. Dabei können gerade Devisenspekulationen ganze Volkswirtschaften in den Ruin treiben. Eine Steuer nur auf diese Geschäfte würde hingegen nach vorsichtigen Schätzungen weltweit schon 25 Mrd. US-

Dollar in die öffentlichen Kassen spülen. Zudem soll nach den Vorstellungen der Kommission der Steuersatz auf Derivategeschäfte nur 0,01 Prozent betragen.

Die nächste Einschränkung erfuhr der Kommissionsvorschlag im Europäischen Parlament. Hier setzte die Finanzlobby durch, dass diese Steuer nicht für Pensionsfonds gelten soll. Dabei wäre es für eine verlässliche Altersvorsorge wichtig, dass die dafür aufgebrauchten Mittel nicht ständig aus spekulativen Erwägungen umgeschichtet würden. Und schließlich droht, dass bei den Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition die FTS irgendwo zwischen der Formulierung eines unverbindlichen Prüfauftrages und einer minimalistischen Börsensteuer nach britischem Vorbild fast vollständig ihres Inhaltes beraubt wird.

Die FTS steht für den DGB und die zahlreichen Gruppen, die seit Jahren für sie kämpfen, für eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte und auch für den Aufbruch in eine andere Weltwirtschaft. Zukünftig soll die Finanzierung realer Investitionen wieder im Zentrum stehen, reine Spekulation auf den Devisenmärkten soll durchaus diskriminiert werden. Folglich muss das Aufkommen in die Zukunft investiert werden – und darf nicht in Haushaltslöchern verschwinden.



Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIS), World Bank, eigene Berechnungen